

Haus der Wannsee-Konferenz

Elke Gryglewski

Überlegungen zum Gedenken an die NS-Zeit in der gefestigten Demokratie

Friedrich-Ebert-Stiftung, 20. Mai 09

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin eingeladen worden, hier in fünfzehn Minuten aus der Perspektive der Gedenkstätten darauf einzugehen, wie eine gegenwartsorientierte und verantwortungsbewusste Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus aussehen kann. Welche Formen des Gedenkens entwickelt werden müssen, wenn in absehbarer Zukunft Zeitzeugen nicht mehr zur Verfügung stehen. Wie gedenken wir der Opfer des Holocaust, wie der Verbrechen während der NS-Zeit? Welche Rolle spielt das Gedenken an deutsche Opfer in Krieg und Vertreibung? Welche Möglichkeiten bestehen, das Gedenken an die NS-Zeit mit einer Förderung von Integration und demokratischem Bewusstsein zu verbinden?

Da auch im Rahmen eines einstündigen Vortrags diese zahlreichen und weitreichenden Fragen nur unzulänglich beantwortet werden könnten, habe ich beschlossen, mich mit dem gesetzten Titel meines Vortrags auseinanderzusetzen und dabei – zumindest in Kürze – die mir gestellten Fragen anzureißen.

Überlegungen zum Gedenken an die NS-Zeit in der gefestigten Demokratie

Zum Gedenken an die NS-Zeit in der gefestigten Demokratie, fallen mir die Fragen ein:

- Was bedeutet Gedenken in einer gefestigten Demokratie?
- Welche Funktion kommt Gedenkstätten in einer gefestigten Demokratie zu?
- Was ist überhaupt eine gefestigte Demokratie im Kontext von Gedenken?

Wir, in den NS-Gedenkstätten, erleben oft, dass eine gefestigte Demokratie als Zustand/Verfasstheit der Mehrheitsgesellschaft definiert wird, die gegen undemokratisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut gefeit ist. Die Arbeit und Funktion von Gedenkstätten wird im Kontext dieser Definition vielfach darauf reduziert, 1. die Minderheit – die im Rahmen dieser Veranstaltung als Rechtsextrem benannt ist – umzuerziehen und 2. für die Jugendlichen der an sich

gefestigten Mehrheit präventiv zu wirken, damit sie Teil der Mehrheit und nicht der Minderheit werden.

Diese Definition und Funktionszuschreibung enthält zwei falsche Annahmen:

1. Dass Besuche von Gedenkstätten umerziehend wirken könnten. Dies ist inzwischen hinlänglich widerlegt worden. Wer ein geschlossenes rechtes Weltbild hat, wird sich im Rahmen eines Gedenkstättenbesuches nicht umerziehen lassen.
2. Was in der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie „Vom Rand zur Mitte“ auf beeindruckende Weise dargestellt wurde, dass nämlich rechtes Gedankengut sich in der Mitte der Gesellschaft findet, zeigt sich auch in unserem Alltag: es sind nicht die Jugendlichen, die uns mit problematischen Äußerungen konfrontieren, sondern mehrheitlich Erwachsene. (Spezifizierung Abgeordnetengruppen)

Damit stellt sich also prinzipiell die Frage, ob die Aussage „gefestigte Demokratie“ in strenger Abgrenzung zu altem bzw. rechtem Gedankengut so halten lässt, mit anderen Worten: wird die „gefestigte Demokratie“ von Menschen, die auf den ersten Blick als Teil derselben wirken, mit ihren Äußerungen sich aber als nicht gefestigte Demokraten entpuppen repräsentiert?

Weiterhin wird, bezogen auf die präventiv zu erziehenden Jugendlichen, seit Jahren die Zeit beschworen, in der diese Jugendlichen nicht mehr Zeitzegen werden begegnen können.

Es ist wichtig zu betonen, dass ebenfalls seit Jahren schon, die wenigsten Jugendlichen Gelegenheit haben, Zeitzegen zu begegnen, die Überlebende des NS Regimes sind. Im Familiendiskurs jedoch werden die meisten Jugendlichen mit Zeitzegen konfrontiert, die die NS Zeit als Kinder erlebt haben und deren Erinnerung sich von daher auf Flucht, Vertreibung und Bombennächte bezieht, die also bewusst oder unbewusst den Diskurs der Deutschen als Opfer prägen und in zahlreichen Fällen genau die älteren Besucher sind, die in Gedenkstätten problematische Äußerungen machen.

Nehmen wir diese Situation zum Ausgangspunkt definiert sich die Aufgabe der Gedenkstätten m.E. vor allem in der Wissensvermittlung für unterschiedliche Ziele:

- als Grundlage für das Gedenken
- dem Familiendiskurs etwas entgegensetzen

- um in der Lage zu sein aktuelle Menschenrechtsverletzungen zu erkennen
(damit tatsächlich eine Form der Prävention oder besser Sensibilisierung)

Diese Wissensvermittlung darf nicht verwechselt werden mit der schulischen Wissensvermittlung. Die meisten Besucher/innen reagieren ungeachtet ihres Alters auf die historischen Orte. Diese Reaktionen, die unter dem Titel „Emotionen“ gefasst werden können, machen den Unterschied zum Lernen in einem anderen Kontext aus. Sie ermöglichen oder begünstigen offensichtlich den Transfer vom Wissen zum Gedenken, ebenso, wie den Transfer zu aktuellen Fragestellungen, denn es ist immer wieder erstaunlich, welche Fragen Besucher/innen an uns herantragen, die sie sich in vielen anderen Zusammenhängen auch stellen könnten, es aber nicht tun.

Gefestigte Demokratie müsste m.E. auch bedeuten, dass wir keine Zweiklassengesellschaft haben, wenn es um Menschen mit Migrationshintergrund geht. (Ein weites Feld, auf das ich hier nicht eingehen kann; beziehe mich nur auf den Erinnerungsdiskurs)

- De facto Benachteiligung und Exklusion im Erinnerungsdiskurs, weil mitgebrachte Geschichten nicht gehört werden wollen bzw. vermittelt wird, dass sie nicht gleichberechtigt sind, gleichzeitig Ausschluss aus dem Erinnerungsdiskurs um NS durch Vermittlung, dass diese Geschichte sie nicht betrifft.

Funktion der Gedenkstätten in dieser Frage:

- Wissensvermittlung als Grundlage zur Teilhabe an dem gesellschaftlichen Diskurs und zum Verständnis der aktuellen Situation
- Bereitschaft die Erzählungen der Einwanderer zu hören fördern.